Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 8 | **Dienstag, den 11. Januar 1921** | **49. Jahrgang**

Der Sinn der Weltkrise.

Es ist interessant, zu beobachten, daß die jetzige Wirtschaftskrise erst bei dem Land eingesetzt hat, das wirtschaftlich am stärksten dazustehen schien, nämlich bei den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Ver. Staaten haben sich der besten Valuta zu erfreuen und haben es vermocht, während des Krieges ihre Produktion am bedeutendsten zu steigern. Bei näherem Ueberlegen wird man jedoch ganz von selbst auf den Gedanken stoßen, daß vielleicht gerade diese überragende wirtschaftliche Stellung die Ursache dafür gewesen ist, daß die Krise zuerst in Nordamerika begonnen hat. Denn die enorme Produktionserhöhung war im Inland nicht unterzubringen, da der Bedarf mit dem Anwachsen der Erzeugung nicht gleichen Schritt hielt. Der in einem großen Absatz liegende Ausgleich für die maßgebende inländische Aufnahmefähigkeit an das Ausland war auch nicht zu erzielen, da die Valuta der ehemals feindlichen Staaten zu schlecht war, als daß sie größere Ankäufe gestattet hätte, und da die neutralen Staaten, denen die Valuta diese Möglichkeit gegeben hätte, es vorzogen, in den valutaschwachen Ländern zu billigeren Preisen ihre Einkäufe zu decken und diese auszukaufen. Die Lage Nordamerikas wird erst dann sich bessern, wenn die in diesen beiden Momenten zu erblickende Ursache für ihre Verschlechterung in Wegfall gekommen sind, d. h. erst dann, wenn die amerikanische Valuta den Valuten der anderen Länder — sei es durch Herabsetzung der amerikanischen oder durch Steigerung der ausländischen Valuta — sich genähert hätten. Aber auch dann werden Schwierigkeiten nicht ausbleiben, und diese werden unter Umständen sogar dazu führen, daß Amerika den ehemaligen feindlichen Staaten, um diese wieder kaufkräftig zu machen, Kredite gewähren muß, während es seiner eigenen Industrie die benötigten Beträge nicht zur Verfügung stellen kann, unter Umständen bereits gewährte Darlehen sogar entziehen muß.

Das für Nordamerika ausgeführte gilt im übertragenen Sinne auch für die anderen Länder der Entente, besonders für England und zwar in noch stärkerem Grade, weil sie größere Darlehen aus Nordamerika bezogen haben, die von diesem selbstverständlich zur Verminderung seiner eigenen Schwierigkeiten gekündigt werden müssen, wodurch für die ehemaligen Landesgenossen natürlich weitere Unzuträglichkeiten entstehen müssen.

Der tiefste Sinn dieser ganzen Vorgänge ist der, daß die einzelnen Länder der Welt nicht mehr eine für ihre Spezialbedürfnisse zugeschnittene Handelspolitik treiben können, sondern daß sie sich auf die Dauer zu einer Weltwirtschaftspolitik bekennen müssen. Die Vereinigten Staaten von Europa — ein manchen Leuten jetzt noch phantastisch vorkommendes Projekt — werden vielleicht zu den Vereinigten Staaten der Welt. Erst dann wird es möglich sein, allmählich die Schwierigkeiten zu beseitigen, unter denen zuerst die valutaschwachen Länder litten, in deren Kreis aber auch, wie oben gezeigt wurde, die valutastarken Länder immer mehr hineingezogen werden. Voraussetzung ist freilich, daß der politisch und wirtschaftlich gleich törichte Versailler Frieden, für den seine Urheber wider Erwarten früh büßen müssen, in Wegfall kommt. Im Inneren werden von seiner Unhaltbarkeit die vernünftigeren Staaten der Entente jetzt schon überzeugt sein. Diese Notwendigkeit aber auch den Franzosen zum Bewußtsein zu bringen, ist die Hauptaufgabe der nächsten Zukunft. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen von Brüssel und von Spaa werden beweisen, ob die Vernunft allmählich doch die Oberhand gewinnt über den Haß, der Deutschland dem Bolschewismus preisgeben will, ohne dabei zu bedenken, daß ein bolschewistisches Deutschland eine bolschewistische Welt zur Folge hat. Denn organisieren kann Deutschland, das hat es im Weltkrieg gezeigt. Organisiert es erst die Weltrevolution, dann werden dagegen die russischen „Erfolge" erblassen und diese waren doch wirklich schon nicht gering.

Bedrohung Oberschlesiens durch Polen.

(TU) Zuverlässige Nachrichten wissen von bedeutenden Truppenverschiebungen von der polnisch-bolschewistischen Front nach der polnischen Westgrenze zu melden und zwar in einem Umfange, daß von einer militärischen Bedrohung Oberschlesiens gesprochen werden muß. Wie verlautet, hat auch die deutsche Regierung kürzlich Gelegenheit genommen, die fremden Mächte auf die durch die militärischen Maßnahmen der Polen geschaffene Gefahr durch ihre Vertreter aufmerksam machen zu lassen. Nach zuverlässigen Nachrichten, die der deutschen Regierung zu Gebote stehen, dauern die Truppenverschiebungen schon seit einer Reihe von Wochen an und zwar sowohl an die oberschlesische Grenze, als auch in das abgetretene Gebiet nach Posen. Bis zum Schluß des vorigen Jahres hatten die Polen durch diese Truppenverstärkungen eine Kopfzahl von gegen 100 000 Mann erreicht, was gegenüber der bis zum Beginn des Oktober nachweisbaren Zahl etwa eine Verfünffachung der polnischen Militärkräfte in diesen Gebieten bedeutet. In den letzten Wochen sind noch weitere 70 000 Mann hinzugekommen, so daß bereits von einer stattlichen Armee gesprochen werden kann.

Englische Intervention in Oberschlesien?

(TU) Wie verlautet, gewinnt das Bevorstehen einer englischen Intervention in der oberschlesischen Frage in maßgebenden Kreisen mehr und mehr an Wahrscheinlichkeit. Der Berichterstatter des „Observer" versichert, daß eine maßgebende englische Persönlichkeit erklärt habe, Lloyd George wisse, daß das oberschlesische Gebiet bei einer Zuteilung zu Polen unweigerlich in kurzer Zeit ruiniert sei.

Die Verbrechen in Oberschlesien.

Aus einer Statistik über die Verbrechen im Abstimmungsgebiete Oberschlesiens für die Jahre 1919 und 1920, die die Reichsregierung in den nächsten Tagen veröffentlichen wird, geben die P. P. N. einen Ueberblick. Danach sind in Oberschlesien vorgekommen: 1. Morde: im Jahre 1919 23 und 1920 79; 2. Körperverletzungen: 1919 518 und 1920 892; 3. Raubüberfälle: 1919 217 und 1920 390; 4. einfache Diebstähle: 1919 4525 und 1920 4979; 5. schwere Diebstähle: 1919 3475 und 1920 4900; 6. Bedrohungen 1919 105 und 1920 189; 7. Widerstand gegen die Staatsgewalt: 1919 40 und 1920 80.

Diese Statistik bezieht sich nur auf die Fälle, die vor ordentlichen Gerichten zur Verhandlung kamen. Nicht berücksichtigt sind alle Fälle vor dem außerordentlichen Gericht in Oppeln und alle Fälle, wo die Täter nicht ermittelt werden konnten.

Die Notwendigkeit einer starken Roten Armee.

(TU) Die Moskauer „Iswestia" veröffentlicht einen interessanten Artikel über die Notwendigkeit der Beibehaltung einer starken Roten Armee, die im Stande sei, die Barrikaden der Revolution wohl zu hüten. Es ist völlig unzutreffend, sagt das offizielle Blatt der Sowjets, daß wir demnächst an den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes herantreten müssen. Jedoch ist es nicht weniger wichtig, daß wir den Westen nicht aus dem Auge lassen dürfen, da wir von dieser Seite auf Ueberraschungen gefaßt sein müssen. Der kapitalistische Westen ist das Damoklesschwert, das uns ständig bedroht. Solange der westliche Kapitalismus vorhanden ist, werden wir nie in Sicherheit leben. Es liegen also vor allem zwei Aufgaben der Roten Armee ob, 1. an den Grenzen gute Wacht halten, während wir neue Kräfte schöpfen, 2. sich darauf vorbereiten, zum Sturm auf den westlichen Kapitalismus vorzugehen, während welcher Zeit unsere Propaganda den Boden vorbereiten wird.

Der Raub der deutschen Schiffe auf dem Rhein.

Im Versailler Vertrag wurde Walter D. Hines zum Schiedsrichter zwischen Deutschland und Frankreich bei der Aufteilung der deutschen Schiffe auf dem Rhein bestimmt. Sein Schiedsspruch erfolgte Samstag. Danach wurden Frankreich 253 000 Tonnen Boote und rund 24 000 Tonnen Schlepper zuerkannt, das sind etwa 131½ Prozent der gesamten deutschen Rheinflotte. Hines erklärt durch die in Paris erscheinenden amerikanischen Blätter, daß er sich bei seinen Entscheidungen und Erwägungen davon leiten ließ, in welchem Maße die Zuführung von Kohle, Kali und anderen Produkten von Elsaß-Lothringen und von anderer Seite zu den Rheinhäfen erfolgen müsse. Die Zuteilung der Rheinschiffe an Frankreich berührt die Entschädigungsfrage des Versailler Vertrages nicht und hat auch nichts mit der Zuteilung deutscher Schiffe an die alliierten und assoziierten Mächte zu tun, die unter dem Titel „zerstörte Schiffe" von Deutschland ersetzt werden müßten. Samstag gab Hines auch jene Boote und Schlepper bekannt, die er für Frankreich ausersehen hatte. Am 20. Februar wird das Verzeichnis dieser Boote und Schlepper veröffentlicht werden. Hines fordert ferner, daß Deutschland an Frankreich die Aktien der Fendel Compagnie, eine der wichtigsten deutschen Rheinschiffahrts-Compagnien, zu übergeben habe. Auch eine kleinere Anzahl von Hafeneinrichtungen von Rotterdam der Badschen Compagnie wurde Frankreich zugesprochen.

Der Schiedsspruch räumt den Franzosen immer größeren Einfluß auf die Rheinschiffahrtsfragen ein. Er ist umsomehr als nackter Raub zu bezeichnen, da die Zuteilung der Schiffe an Frankreich nicht auf den Versailler Vertrag (8. Teil, Anlage 3, Ersatz der Schiffe) angerechnet wird.

Fochs Bericht über Deutschlands Luftentwaffnung.

(TU) Wie die „Chicago Tribune" meldet, ist man in der Lage, den Bericht des Marschalls Foch an den Botschafterrat über die Entwaffnung Deutschlands in der Luftfrage bekannt zu geben. Der Bericht beginnt mit der Feststellung, daß die Tätigkeit der Deutschen auf dem Gebiete der Luftschiffahrt wieder begonnen habe und daß die deutsche Regierung das Verbot, neue Luftschiffe zu bauen, umgehe. Den Alliierten wären neue Maschinen übergeben worden, so 26 828 Flugzeugmotoren, sechs Luftschiffe und eine beträchtliche Anzahl Maschinenteile. Die Kontrollkommission habe beträchtliche Mengen Flugmaterial entdeckt. Die deutsche Regierung habe das Vorhandensein versteckten Materials anerkannt und erklärt, sie werde ein neues Gesetz erlassen, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Fabrik von Junker habe 150 Zivilflugzeuge erbaut, die Schuckert-Werke drei, die Luftverkehrs-A.-G. ein Wasserflugzeug neuester Konstruktion. Die deutsche Regierung habe es abgelehnt, die Pläne für die Flugzeuge den Alliierten zu übergeben, weil sie im Jahre 1919 als Zwillmaschinen ausgebaut worden seien.

Sthamer über Versailles und Spaa.

Ein Vertreter des Reuterbüros hatte eine Unterredung mit dem deutschen Gesandten in London, Sthamer. Dieser erklärte, daß Deutschland nicht an einen neuen Krieg denke. Deutschland habe nicht die Absicht, Frankreich anzugreifen, und selbst, wenn es dies wolle, so sei es dazu nicht imstande. Deutschland wünsche von neuem zu beginnen und den Friedensvertrag auszuführen, soweit das möglich sei. Einige Punkte des Vertrages könnten aber unmöglich erfüllt werden. Deutschland könne nicht alle Kosten des Krieges tragen. Es sei bereit, Schadenersatz zu leisten, aber die Bezahlung müsse mehr in Natura geschehen, als in Geld. Was die Abrüstung anbetreffe, so werde das Uebereinkommen von Spaa ehrlich ausgeführt. Es seien jedoch besondere Gründe dafür vorhanden, weshalb die Bürgerwehren in Ostpreußen und Bayern nicht abgeschafft werden könnten. Ostpreußen stehe vollständig offen einem bolschewistischen Angriff gegenüber und Bayern müsse sich gegen die Opposition zu halten suchen. Die deutsche Regierung sei bereit, die Freiwilligen zu entlassen, aber das sei eine Frage der Zeit. Deutschlands einziges Verlangen sei die Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen Position und Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit mit der übrigen Welt.

Wiedererwachen der deutsch-englischen Handelsrivalität.

(TU) Der englische Handelsminister Horne erklärte in einer Unterredung, daß die englische Regierung an eine Kreditgewährung für Oesterreich, Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien und die Türkei denke. Dagegen werde dieselbe Maßnahme für Deutschland nicht ins Auge gefaßt, weil Deutschland das Dumping in besonders hohem Maße zur Anwendung bringe. So würden gegenwärtig z. B. von Deutschland Stahlplatten um 12 Pfund 16 Schilling verkauft, welche die englische Industrie nicht unter 15 Pfund liefern könne. Baumwollhandschuhe, die England vor dem Kriege in großem Maßstabe erzeugte, würden von Deutschland um mehrer Schilling billiger verkauft als von den englischen Fabrikanten. Die deutschen Bankiers bemühten sich offenbar, den tiefen Kurs der Mark beizubehalten, um wiederum den Weltmarkt zu gewinnen und zwar zum Schaden Englands und der anderen Länder.

Widerstände gegen die Rückkehr der Habsburger.

Ueber die Stellung Italiens bei der Konferenz der alliierten Premierminister wird der „Epoca" mitgeteilt, es würden energische Versuche gemacht, die Frage der Rückkehr König Karls nach Budapest auf dieser Konferenz anzuschneiden. In diesem Punkte seien die Ansichten der Alliierten nicht völlig übereinstimmend. Die ungarischen Royalisten könnten angesichts der ungehinderten Rückkehr König Konstantins annehmen, daß sich, falls König Karl den Vertrag von Trianon anerkennen werde, eine Macht finde, die diesen Wunsch unterstütze. Frankreich habe bereits vor Wochen die übrigen Alliierten daraufhin sondiert und von England keinen direkten abschlägigen Bescheid bezüglich der Restauration der Monarchie in Ungarn erhalten. Jedoch würde es England vorziehen, wenn ein Einheimischer auf den Thron käme. Italien werde jedoch nach wie vor darauf bestehen, daß die Möglichkeit, unter den früheren Ländern der Habsburger Krone irgend eine Koalition entstehen zu lassen, ausgeschaltet werde, dadurch, daß die Rückkehr der Habsburger nach Ungarn oder nach irgend einem der Nachfolgestaaten nach wie vor verboten bleibe.

Der ungarische Außenminister Dr. Benesch erklärte in der „Praga Tribuna" über die Frage der Wiederkehr der Habsburger folgendes: Die Botschafterkonferenz hat sich bereits am 2. Februar 1920 in einer Entschließung über die Habsburger wie folgt ausgesprochen: Es ist nicht zulässig, daß die Habsburger Dynastie, in welcher Form auch, auf irgendeinen europäischen Thron zugelassen wird. Niemand hat das Recht, sich in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzumischen. Die Frage der Monarchie oder Republik in Ungarn ist ausschließlich Sache der magyarischen Nation. Dagegen ist die Frage der Habsburger Dynastie durchaus keine Frage der inneren Politik der magyarischen Nation, sondern eine Frage der internationalen Politik, und infolgedessen haben die Alliierten und die Nachbarstaaten das größte Interesse, dazu Stellung zu nehmen. Im Hinblick auf die Ereignisse im Weltkriege muß es als unzulässig betrachtet werden, daß die Dynastie Habsburg in irgendwelcher Form zurückkehrt. Das gilt für Ungarn und für alle Nachfolgestaaten.

Ein italienisches Urteil über die Abrüstungsfrage.

Der italienische General Graf Bencivenga, der während des Waffenstillstandes mit der italienischen Mission in Berlin war, veröffentlicht einen Artikel über die Entwaffnungsfrage Deutschlands. Er erklärt: Die Bedingungen des Versailler Vertrages seien widersinnig. Deutschland solle nur 100 000 Mann für die innere Ordnung und die Grenzbewachungen halten, während z. B. Italien im normalen Verhältnis zur Wahrung der Ordnung 250 000 Mann nötig habe. Nur der Haß eines Clemenceaus konnte diese Tollheit verlangen. Wenn Deutschland die Zumutung der Verbündeten in der Entwaffnungsfrage sofort ausgeführt hätte, wäre Europa jetzt ein Opfer der kommunistischen Horden. Man müsse den sozialistischen Kämpfen und Ausschreitungen von 1919 an Ort und Stelle beigewohnt haben, um zu begreifen, welche Gefahr Europa in jenen Tagen gedroht habe. Der General erklärte es für ausgeschlossen, daß Deutschland heute für Frankreich eine militärische Gefahr bedeute, da Frankreich 800 000 Mann unter den Waffen habe. In Wirklichkeit schürt Frankreich den Revanchegeist, der in Deutschland erwacht, und fühlt, daß die wahren Waffen Deutschlands die des Geistes sind, die ihm kein Vertrag entreißen könne. Frankreich töte sich durch seinen militärischen Aufwand selber.

Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten.

Das Kabinett hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage einer Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten und die Arbeiter des Reiches beschäftigt. Dem Wunsche, der in Bamberg tagenden Konferenz der Finanzminister der Länder, vor der endgültigen Stellungnahme gehört zu werden, wird in einer auf den kommenden Mittwoch anberaumten Sitzung Rechnung getragen werden. Das Kabinett hat gleichzeitig die Frage der Beschaffung neuer Mittel zur Beseitigung des bereits im ordentlichen Etat sich ergebenden Fehlbetrages, der durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge eine weitere Steigerung erfahren wird, zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung gemacht. Es wurde die Notwendigkeit festgestellt, über diese Frage eine grundsätzliche Stellungnahme der gesetzgebenden Körperschaften in Verbindung mit der Entscheidung über die Erhöhung der Teuerungszuschläge herbeizuführen.

Sozialdemokraten und Kommunisten.

(TU) Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat der Vorstand der sozialdemokratischen Partei sich gestern mit dem offenen Brief (Ultimatum) der Kommunisten beschäftigt. Das Ergebnis der kurzen Aussprache läßt sich dahin zusammenfassen: Die Zentrale der Kommunisten hat mit der weiteren Aufforderung an ihre Organisationen, sich direkt an alle Proletarier zu wenden, ihr eigenes plumpes Ziel entlarvt und ihre offene Anfrage selbst erledigt. Damit hat sie ihre Absicht zu neuem Wortbruch deutlich verraten.

Der Wahlaufmarsch der Deutschnationalen.

Die Deutschnationale Volkspartei eröffnete am letzten Sonntag ihren Wahlfeldzug mit einer Massenversammlung in der Philharmonie. Abg. Hergt hielt eine programmatische Rede. Ueber die Wahlparole führte er aus: Die Partei wird sich trotz ihrer oppositionellen Stellung hinter jede Regierung stellen, die beginnt, nach außen das Recht unseres Volkes und unseres Vaterlandes zu wahren. Am 18. Januar soll die Frage der Revision des Friedensvertrages aufgerollt werden, vor allem in ihrem Angelpunkt, der Schuldfrage. Wir verlangen endlich die Genfliste. So schwach wie die Regierung nach außen auftritt, handelt sie auch im Innern, namentlich gegenüber dem Kommunismus. Im Gegensatz zur Volkspartei bekämpft unsere Partei nicht nur den Kommunismus, sondern auch den marxistischen Sozialismus, denn sie glaubt nicht an die Unentbehrlichkeit und Unbesiegbarkeit der Sozialdemokratie, wenn diese sich auch mit der deutschen Arbeiterschaft zu identifizieren versucht. Viele Arbeiter werden bald den Sprung von der S. P. D. zu uns wagen, wie ihn schon viele gewagt haben. Solange die Sozialdemokratie die Vollsozialisierung und den Klassenkampf auf ihre Fahne geschrieben hat, wird das Tischtuch zerschnitten bleiben. Unsere Partei verlangt Ordnung im Ordnungsstaate Preußen; sie hat als einzige gegen die verhängnisvollen Provinzautonomiepläne gestimmt. Unsere landwirtschaftliche Parole lautet: Mit der Landwirtschaft für die Allgemeinheit. Sonst werden die Ernährungsverhältnisse im nächsten Jahre nicht mehr haltbar sein. Hergt behandelte sodann die dritte Parole, die Parole der Weltanschauung, die auf eine Einschaltung der Arbeiter hinausläuft. In dem Oberlichtsaal hatte inzwischen Graf Westarp gesprochen.

Tagesereignisse.

— **(Zur Entwaffnung der bayrischen Einwohnerwehren.)** Wie das Berl. Tagebl. hört, haben kürzlich wiederum Besprechungen zwischen den Führern der Gewerkschaften und der Reichsregierung stattgefunden, die sich mit der Frage der Entwaffnung der bayrischen Einwohnerwehren beschäftigten. Der Reichsregierung ist es hierbei gelungen, die Gewerkschaftsführer von der Notwendigkeit der von ihr unternommenen Schritte zu überzeugen.

— **Ausweisung des Vorsitzenden des Landesverbandes von Oberschlesien.** Die interalliierte Kommission hat den Lehrer Hartmann aus Gleiwitz, der seit 20 Jahren in Oberschlesien tätig ist, und laut Abstimmungsreglement abstimmungsberechtigt ist, den Ausweisungsbefehl zugestellt. Hartmann, der Vorsitzender des Landesverbandes von Oberschlesien ist und durch sein mutiges Auftreten für die deutsche Sache sich allgemeiner Beliebtheit erfreute, hat Oberschlesien bereits verlassen.

— **(Wie in Preußen ½ Milliarde gedeckt werden soll.)** Der Hauptausschuß der preußischen Landesversammlung hat den Ausfall von 500 Millionen im Etat, der durch den Ausfall der Vorlage der Grundsteuer entstand, etatrechnerisch ausgeglichen durch Erhöhung der Mehreinnahmen aus Holzverkäufen und der vom Reich zu erwartenden Rückzahlung von Ausgaben für Kriegswohlfahrt. In einer Entschließung wurde ferner der Forstminister aufgefordert, eine Million Festmeter Bauholz schlagen zu lassen, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Westfalen und Rheinland.

Für Oberschlesien.

Hamen, 11. Jan. Der Altkanzler Bismarck sprach im Jahre 1894 vor 2000 Ostmärkern die Worte: „Wir singen: Fest steht und treu die Wacht am Rhein; Aber noch fester steht die Wacht an Weichsel und Oder, wo wir keinen Zoll Landes müssen können." Diese Treue der Landsleute an die oberschlesische Heimat kann man jetzt allenthalben beobachten; sie äußerst sich nicht allein in den von Herzen kommenden Reden der Führer der Oberschlester, sie tut sich auch kund in dem Interesse, welches man allenthalben der kommenden Abstimmung entgegenbringt. Die Heimattreue und Heimatliebe zeigen sich als unerschütterliche Fundamente. Und diese Eigenschaften müssen alle andern Volksgenossen stärken, den Abstimmungsberechtigten helfen nach allen Kräften und dazu beitragen, daß Oberschlesien deutsch bleibt. Denn geht Oberschlesien an Polen, ist Deutschland verloren, geht es an Deutschland, dann ist der polnische wirtschaftliche Zusammenbruch nur eine Frage der Zeit. Darüber darf niemand im Zweifel sein! Für Oberschlesien ist das entscheidenste Jahr seit 1742 gekommen. 1921 entscheidet nicht nur über seinen Verbleib bei Deutschland oder seine Loslösung, sondern auch über sein wirtschaftliches, kulturelles, geistiges und völkisches Geschick. Für uns alle muß es aber heißen: Oberschlesien muß deutsch bleiben! Auch in Hamen will man die abstimmungsberechtigten Oberschlester nicht allein lassen und ihnen helfen nach Kräften. Aus diesem Grunde hatte der unter der Leitung des Herrn Rektor Siegler stehende Arbeitsausschuß zu einem Werbeabend eingeladen, dessen Reinertrag der Oberschlesien-Hilfe zugewandt wird, der aber in erster Linie die Interessen für Oberschlesien wecken und die Bedeutung dieses Ostlandes für ganz Deutschland vermitteln sollte. Fräulein Hilde Dunkel leitete mit einem sinnigen, schön dargebrachten Vorspruch: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein! Oberschlesien holt und muß deutsch bleiben!" die Feier in würdiger Weise ein. Dann bestiegen die Mannen der „Auguste Viktoria", die sich ebenso wie die der „Einigkeit" und des kath. Männergesangvereins gern bereit fanden, durch vokale Gaben den Abend zu verschönern, das Podium und sangen ein von P. Schmidt-Münster vertontes, melodiös weniger als textlich ansprechendes Liedchen „O trautes Oberschlesierland". Wuchtiger und ansprechender erklang unter Rumpfs Leitung Neubners „Frühlingseinkehr". Der kath. Männergesangverein unter Abels Führung sang anscheinend nicht in voller Stärke N. Lurns „Heimat" und Sylvius „Matrosengrab" und die „Einigkeit" unter Schimmels Direktion das Trutzlied der Oberschlester mit dem ansprechenden Refrain: Oberschlesien, teure Heimat, bleibe deutsch und stets dir treu! und als weitere Gabe das stets gern gehörte und immer ansprechende Lied von den alten Eichen, die, dem heimkehrenden Wanderer dasselbe alte Lied rauschen, wenn auch sonst alles anders worden in der Heimat. Zwei weitere Kunstkräfte, Frau Pastor Kochs (Alt) und Frau Lehrer Spengler (Sopran) hatten sich in den Dienst der guten Sache gestellt und ließen im Duett zwei Lieder erklingen von Sommerzeit und Liebe, besonders letzteres Lied gefiel. Beide Damen, die in Herrn Schimmel einen feinfühlenden Begleiter am Klavier fanden, verfügen über angenehmes, wohlklingendes Stimmmaterial, wozu dann noch ein von guter Auffassung durchdrungener Vortrag kommt. Diese wie alle vorhergehenden Vorträge fanden reichen Beifall, der sich aber zu gewaltiger Begeisterung steigerte bei dem Singspiel „Ringel, Ringel Rosenkranz", das vor zwei Jahrzehnten seinen Siegeslauf über die Bretter, die die Welt bedeuten sollen, nahm und auch heute noch nichts von seiner alten Wirkungskraft verlor. Acht Mädchen von der Josephsschule, zu 4 Paaren in schmucker Tracht vereinigt, brachten das Singspiel derartig schön und ansprechend dar, daß der Beifall ein Ende nicht nehmen wollte und die Kleinen ihre Künste noch einmal zeigen mußten. Herr Lehrer Totzek gab dazu eine ansprechende Klavierbegleitung. Zwischen diesen vokalen Gaben fand Herr Sukowski-Dortmund warme Worte für Oberschlesien und für Deutschland. Er verlangte die strenge Durchführung des Friedensvertrags (Artikel 88), nach dem alle Oberschlester in der Heimat zu gleicher Zeit mit den ortsansässigen Brüdern und Schwestern abstimmen sollten und nicht, wie es die Entente vorsah in Köln. Redner zeichnete weiter ein interessantes Bild von der historischen Vergangenheit und von der wirtschaftlichen Bedeutung Oberschlesiens für Deutschland. Es erübrigt sich, näher darauf einzugehen, da wir ausgiebig über das Verhältnis Oberschlesiens zu Deutschland und über die wirtschaftliche Bedeutung berichteten. Mit Recht erbat Herr Sukowski die finanzielle Unterstützung der zur Abstimmung fahrenden heimattreuen Oberschlesier, seitens aller Kreise, da der Regierung eine Unterstützung derselben durch den Friedensvertrag verboten wurde. Nicht eine Freikarte für die Eisenbahn darf die Regierung hergeben. Redner richtete besonderen Appell an die Arbeiterschaft, die ein besonderes Interesse daran habe, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibe. Ein jeder müsse von der Wichtigkeit durchdrungen sein, dann auch werde jeder dazu beitragen, daß die Abstimmung gut ausfalle. Gedenkt Oberschlesiens, gedenkt Eurer Zukunft und denkt an Eure Kinder und mit einem Hoch auf das deutschgesinnte Oberschlesien und auf das gesamte deutsche Volk schloß der Redner seine inhaltreichen, klaren und überzeugenden Ausführungen. — Herr Sanitätsrat Hackel hielt weiter einen Lichtbildervortrag über Oberschlesien, worin er die Schönheiten und das Industrie-Agrarland Oberschlesien zeigte. Herr Bezirksleiter Zimnol-Hamm sprach das Schlußwort und brachte eine Protest-Resolution gegen die verzweigte Abstimmung ein, die einstimmig durch Handerheben angenommen wurde. Herr Rektor Siegler sprach allen den Dank aus und wies darauf hin, daß in dieser Woche eine Haussammlung für Oberschlesien stattfindet. Möge jeder dafür geben und lasse keiner die Rechte wissen, was die Linke tut. Gebe man aber nur solchen Sammlern, die mit polizeilich abgestempelten Listen erscheinen.

Hamen, 11. Jan. (Verschiedenes.) Die Januar-Ausgabe des Industriefahrplans, erweitert und berichtigt nach dem neuesten Stande im Personenfahrplan, ist erschienen. Auch diese Ausgabe zeigt, daß der Herausgeber, der Verkehrsverband „Industriebezirk", nach besten Kräften bemüht ist, den Wünschen aller Reisenden gerecht zu werden. Der Fahrplan ist in der Tat für jeden Reisenden ein unentbehrliches Nachschlagewerk und wird wegen seiner praktischen Einteilung, die ein schnelles Auffinden aller gesuchten Strecken ermöglicht, mit Vorliebe gekauft. Neu hinzugekommen ist ein Spediteur-Adreßbuch, welches gleich dem Hotel-Adreßbuch von allen Reisenden freudig begrüßt werden wird. Die ständig wachsende Nachfrage ist ein Beweis für die Güte und die Brauchbarkeit des Fahrplanes. Wir weisen nochmals auf die Stationsfahrpläne hin, die für einen großen Teil von Reisenden außerordentlich praktisch sind, weil man in ihnen die Abfahrts- und Ankunftszeiten ohne weiteres ablesen kann. Ferner erwähnen wir das Straßenbahnkursbuch, welches ebenfalls nach dem neuesten Stande berichtigt ist. Besonders wichtig sind auch die vier Uebersichtskarten, die infolge ihrer Klarheit den Gebrauch des Fahrplans wesentlich erleichtern. Für die kommende Sommeraufl age sind wiederum eine Reihe von Verbesserungen und Erleichterungen im Gebrauch des Fahrplans vorgesehen, die infolge der knappen Zeit, welche für die Vorbereitungen der Januar-Ausgabe zur Verfügung stand, leider nicht haben berücksichtigt werden können. Die Eisenbahndirektionen Essen und Elberfeld haben genehmigt, daß der Industriefahrplan vom Sommer 1921 wegen seiner absoluten Brauchbarkeit als amtlicher Fahrplan erscheint. Somit stellt der Industriefahrplan ab Sommer 1921 das allein maßgebende amtliche Kursbuch für ganz Nord-West-Deutschland dar. Bearbeitet wird der Fahrplan nach wie vor im Reisebüro Krupp, von dem er auch zu beziehen ist.

(Umsatzsteuer der Vermieter.) Zur Behebung von Irrtümern weisen wir darauf hin, daß unter die Umsatzsteuerpflicht für Vermietung von eingerichteten Schlaf- und Wohnräumen in Gasthöfen, Pensionen oder Privathäusern nur solche zu vorübergehendem Aufenthalt und wenn das Entgelt für den Tag oder die Uebernachtung fünf Mark oder mehr beträgt, fallen. Dauervermietungen sind also nicht umsatzsteuerpflichtig. — Unter nochmaligem Hinweis auf die erlassene Bekanntmachung des Umsatzsteueramtes empfehlen wir, die Einreichung der Umsatzsteuererklärung in allen Fällen umgehend vorzunehmen und nicht bis zum letzten Tage zu warten. Wer die Einreichung aufschiebt, muß damit rechnen, daß seine Abfertigung infolge des Andranges ein langes Warten zur Folge hat.

(Die Arbeitszeit im Bergbau.) Unter Bezugnahme auf den auch von uns gebrachten Artikel „Längere Arbeitszeit für Bergleute" schreibt der Vorsitzende des bergtechnischen Ausschusses des Reichswirtschaftsamtes: „Der bergtechnische Ausschuß des Reichswirtschaftsamtes als solcher hat weder unmittelbar noch mittelbar die in dem obengenannten Artikel enthaltenen Angaben irgend einer Stelle mitgeteilt. Der Ausschuß war und ist nach dem heutigen Stande seiner Arbeiten im übrigen durchaus nicht in der Lage, über die in dem fraglichen Artikel erwähnten Punkte ein abschließendes Urteil abzugeben und steht daher dem genannten Artikel völlig fern, dessen Ausführungen also keinerlei offiziellen Wert haben."

(Die künftige Fußbekleidung des Reichsheeres.) Schaftstiefel für Unberittene beabsichtigt die Heeresverwaltung einzuführen. Die Versuche darüber sind im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Vorläufig tragen Unberittene des Reichsheeres schwere Schnürschuhe mit benagelter Doppelsohle, Kraftfahrer ohne Benagelung. Dazu sind graue Wickelgamaschen vorgeschrieben. Für Berittene sind Reitstiefel, hohe Lederstiefel, wie frühere Kavalleriestiefel, ohne Schnallen vorgesehen. Alle Waffengattungen erhalten leichte Schnürschuhe mit einer Langsohle. Eine leichte Benagelung ist zulässig. Alles Schuhzeug wird im Gebrauch geschwärzt.

(Mädchenhändler im Ruhrgebiet.) Auf die Gefahren des internationalen Mädchenhandels muß im rheinisch-westfälischen Industriebezirk immer wieder aufmerksam gemacht werden, da gerade in hiesigen Bezirken noch eine starke Werbetätigkeit zur Auswanderung betrieben wird. Das Ruhrgebiet ist für den gewissenlosen Mädchenhändler immer noch ein gutes Arbeitsfeld, da viele der in den Kriegs- (Zechen-) Betrieben beschäftigt gewesenen und jetzt arbeitslos gewordenen Mädchen den Lockungen der Agenten, ihnen gut bezahlte Stellungen im Auslande zu besorgen, nur allzu leicht Folge leisten. Meistens wird zuerst eine schöne Stelle in Holland angeboten. Wie groß die Gefahren sind, die den zur Auswanderung verlockten Mädchen drohen, geht daraus hervor, daß z. B. in den öffentlichen Häusern von Buenos-Aires in Argentinien von 6000 Mädchen allein 1100 deutsche gezählt werden.

Den Einbrechern ist nichts mehr heilig, jetzt gehen sie auch daran, unsere Kulturinstitute zu beräubern. In der Nacht zum Sonntag besuchten Diebe die kath. Josefsschule und nahmen aus einem Klassenzimmer die Fenstervorhänge mit, außerdem wurden in einem anderen Zimmer die Klassenschränke erbrochen. Hier haben die Diebe anscheinend nichts Brauchbares finden können.

Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei für das westliche Westfalen.

Dortmund 10. Jan. Im Hotel Lindenhof trat gestern nachmittag ein außerordentlicher Bezirks-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei für das westliche Westfalen unter dem Vorsitz von Klupsch-Dortmund zusammen, um die Aufstellung der Kandidaten für die preußischen Landtagswahlen vorzunehmen. Er war sehr stark besucht. Redakteur Fritz Henßler-Dortmund hielt das einleitende Referat, in dem er sich eingehend über die politische Lage und die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zu den Parteien nach rechts und links verbreitete. Dabei betonte er, daß die Sozialdemokratische Partei sich mit aller Schärfe gegen die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Partei, die unter der Parole „Rettet Preußen!" in den Kampf zögen, wiewohl sie bis in das 4. Kriegsjahr hinein jede innere Reform verhindert hätten und so den Krieg hätten verloren gehen lassen. Wie die kapitalistischen Parteien, so sei auch die kommunistische Partei zu bekämpfen, die gleich den Unabhängigen alles unterlassen habe, die Masse sozialistisch zu schulen. Im Anschluß an die Wahlen zum Landtage widmete der Redner auch den Wahlen zum Provinziallandtage einige Worte, würdigte die Bedeutung der Provinziallandtage im Hinblick auf die bevorstehende Autonomie der Provinzen und wandte sich dabei gegen das Zentrum, das die Autonomie zu benutzen gedenke, um innerhalb der deutschen Republik eine katholische Republik zu gründen. Die Provinziallandtage böten die Möglichkeit, die Demokratisierung von unten her durchzuführen. In der lebhaften Aussprache wurde das Verhältnis zur U. S. P. angeschnitten. Zur Aufklärung und Beruhigung konnte der Vertreter des Zentralvorstandes in Berlin, Hildebrandt, mitteilen, daß die Sozialdemokratische Partei der U. S. P. kein Wahlbündnis angeboten habe und keins anbieten werde, und zwar aus taktischen wie prinzipiellen Gründen. Es müsse eine klare Scheidung mit allen Parteien zutage treten. Die meisten Redner wie auch der Referent erklärten sich damit einverstanden. Klagen wurden über die Unzuverlässigkeit der Reichswehr und Sipo laut, deren Führung im wesentlichen in reaktionären Händen liege. Hildebrandt meinte, dieser durch die Entwaffnung eingetretene Zustand sei ein Uebergangszustand, der um so schneller verschwinden werde, je stärker die Sozialdemokratie aus den kommenden Wahlen hervorgehe. Zu dieser Frage nahm auch der Reichs- und Staatskommissar Mehlich wie folgt das Wort: „Ich hatte im Laufe dieser Woche eine Unterredung mit dem Herrn kommandierenden General des Wehrkreises 6. Er kam dabei auch auf die vielfach in der Presse auftauchende Behauptung von der unzuverlässigen Reichswehr und ihre Führung zu sprechen. Da ich ermächtigt bin, von seinen Erklärungen öffentlich Gebrauch zu machen, so glaube ich, gerade hier davon sprechen zu sollen. Der Herr General bezeichnete als die widrigste Aufgabe der Reichswehr, wenn sie gezwungen würde, bei inneren Unruhen gegen die eigenen Volksgenossen vorzugehen, eine Aufgabe, die ihr alle ersparen sollten, die es mit unserem Volke ehrlich meinen, ganz gleich, wo sie politisch stehen. Bei den verschiedenen Besichtigungen habe er vor allem die Vorgesetzten immer wieder auf ihren Eid auf die Verfassung hingewiesen, den sie unter allen Umständen halten müßten. Käme jemand einmal in Konflikt, dann wolle er noch einmal durchlesen, was er beschworen habe; glaube er dann, daß er dem nicht nachkommen könne, dann wolle er es seinem Vorgesetzten mitteilen, aber auf keinen Fall dürfe er sich zu einer Handlung hinreißen lassen, die mit dem Eide im Widerspruch steht. Der Herr General sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß es bald gelingen möge, ein Vertrauensverhältnis zwischen Heer und Volk zu schaffen. Wenn ich auch überzeugt bin, daß diese Versicherungen nicht das in weiten Kreisen vorhandene Mißtrauen aus der Welt schaffen werden, so gebe ich doch davon Kenntnis, weil ich ebenfalls der Meinung bin, daß die Kluft zwischen Heer und Volk überbrückt werden muß und das Heer im republikanischen Sinne umso zuverlässiger werden muß, wenn es mit den verfassungstreuen Elementen des Volkes einig geht." Die im Schlußsatz von Mehlich ausgesprochenen Zweifel fanden durch die weitere Aussprache über diese Angelegenheit volle Bestätigung. Hervorgehoben seien noch die Warnungen an die Arbeiterschaft und insbesondere die Eisenbahner, sich durch radikale Elemente zu unbesonnenen Schritten, wilden Streiks, verleiten zu lassen. Die Arbeiter wurden aufgefordert, die radikalen Schreier, denen nicht an einer Besserstellung der Verführten, sondern an deren Mißbrauch zu politischen, der Verfassung zuwiderlaufenden, Zwecken gelegen sei, abzuschütteln. Die Eisenbahner hätten nach der Revolution wirtschaftlich wie politisch schon sehr viel erreicht, die ihnen notwendige Besserstellung komme auch noch. Nur sei nicht alles mit einem Hieb zu erreichen, zumal erst Deckung für die Milliardenausgaben geschaffen werden müsse. Die Aufstellung der Kandidaten für die preußischen Landtagswahlen erfolgte nach Vorschlag des erweiterten Bezirks-Vorstandes, nachdem Klupsch die Liste im einzelnen durchgegangen war. Es wurden aufgestellt: Hue-Bochum, Klupsch-Dortmund, Brücker-Iserlohn, Osterroth-Hamm, Husemann-Bochum, Kahl-Dortmund, Fries-Siegen, Frau Ley-Dortmund, Bauermeister-Arnsberg, Fey-Hagen, Schmering-Lippstadt, Häckel-Hamm, Müller-Bochum, Schmidt-Iserlohn, Jakobs-Hagen, Martemöller-Dortmund, Kloppe-Arnsberg, Prien-Siegen, Frau v. d. Höhe-Bochum. Klupsch richtete in seinem Schlußwort am Ende der 4stündigen Verhandlungen nochmals eine eindringliche Mahnung an die Arbeiter, sich nur nach den

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

21. Fortsetzung.

Diese Furcht ist unbegründet, Komteß. Dr. Härtling hat keinerlei Einfluß auf mich ausgeübt, und ich bin auch Einflüssen nicht so leicht zugänglich. Er hat mir nur gesagt, daß Sie schwierigen Verhältnissen hilflos gegenüberstehen. Kein rechter Mann kann eine Frau in Not sehen, ohne zu wünschen, ihr helfen zu können."

Bittres Weh durchzuckte Dagmars Herz. Wo war der Mann, der ihr vor allen andern hätte zur Seite stehen müssen, der Mann, dem sie ihr Herz geschenkt, der ihr von seiner heißen, alles bezwingenden Liebe gesprochen hatte? Er ließ sie allein in ihrer Not, verriet sie feige, weil sie arm war. Und er war ein Aristokrat, er galt allenthalben für einen Ritter ohne Furcht und Tadel.

Wie erbärmlich erschien er gegen den Mann, der ihr so selbstverständlich seine Hilfe anbot.

Und doch konnte sie das Bild des Verräters nicht aus ihrem Herzen reißen, doch brannte die Wunde, die er ihr geschlagen, wie ätzendes Gift in ihrer Seele.

Ein Seufzer entfloh ihren Lippen.

„Ich kann Ihnen nicht sagen, wie tief es mich bewegt, daß Sie so großherzig zu unserer Hilfe herbeigekommen sind, Herr Jansen. Ich weiß, es ist ein großes Opfer, das ich von Ihnen annehmen soll. Aber ich stehe den Ereignissen so hilflos gegenüber und möchte so gern meiner Mutter Ruhe verschaffen, daß ich nicht den Mut habe, Ihre Hilfe abzulehnen. Wir verstehen so gar nichts von geschäftlichen Dingen, und die Gläubiger meines Stiefvaters bedrängen uns in qualvoller Weise. Wenn Sie uns nur über das Schlimmste hinweghelfen und mir einige Anweisungen geben würden, wie ich solche Geschäfte regeln muß, dann würde ich Ihnen unendlich dankbar sein."

Ralf Jansens Herz klopfte in wilden Schlägen. Er hätte aufjubeln mögen, daß sie ihm die Erlaubnis gab, ihr zu helfen. Aber er beherrschte sich vollkommen, denn er sagte sich, daß sie sofort ihre Erlaubnis rückgängig machen würde, wenn sie ahnte, mit welchen Gefühlen er ihr gegenüberstand.

Daß sie ihm aber die Erlaubnis gab, war ihm ein Beweis dafür, daß sie von Baron Korff keine Hilfe erwarten konnte. Wußte sie vielleicht schon, daß er sie verraten würde? Oder wollte sie nur seine Hilfe nicht anrufen, weil noch niemand um ihre Beziehungen zu ihm wußte?

Nur eins war ihm sicher — daß Korffs Platz an ihrer Seite hätte sein müssen, und daß er diesen Platz in feiger Angst vor Opfern nicht einnahm. Komteß Dagmar mußte sich sagen, daß eine Liebe, die vor Opfern zurückschreckte, keine echte Liebe war. Deshalb lag wohl auch die leidvolle Trauer in ihren Augen. Es mußte sie schmerzen, daß der Baron sie allein ließ.

Trotz dieser Erwägungen vermochte Ralf ruhig zu sagen:

„Es bedarf keines Dankes, gnädigste Komtesse, für eine selbstverständliche Sache."

Impulsiv reichte sie ihm die Hand.

„Nicht vielen Menschen würde das, was Sie für uns tun wollen, so selbstverständlich erscheinen. Sie müssen sich schon meinen herzlichen Dank gefallen lassen."

Er führte die kleine, schlanke Mädchenhand nicht an seine Lippen, wie er es so gern getan hätte.

Aber wie ein magnetischer Strom ging es durch seinen Körper, als er ihre Hand in der seinen fühlte und sie fest und warm umschloß. Nichts verriet jedoch seine Empfindungen, nur atmete er tief und schwer.

„Ich bitte Sie, mir völlig freie Hand zu geben, gnädigste Komteß. Sie müssen die Güte haben, mich zu den Herren hinaus zu begleiten, die auf Sie warten, und ihnen zu erklären, daß Sie mir alle Vollmacht geben, auch im Namen Ihrer Frau Mutter, die dies dann später bestätigen muß. Natürlich sollen Sie das nur tun, wenn Sie mir volles Vertrauen entgegenbringen."

Sie sah ihn klar und offen an.

„Trotzdem ich Sie heute erst kennen lerne, Herr Jansen, und nicht viel mehr von Ihnen weiß, als daß Sie unser Nachbar und Herr auf Berndorf sind, so hat mir doch Ihr ganzes Auftreten, Ihr sicheres Wesen großes Vertrauen eingeflößt, so daß ich Ihnen bedingungslos freie Hand in allen Dingen lasse. Auch weiß ich ganz gewiß, daß Dr. Härtling Sie uns nicht zugeführt hätte, wenn Sie unseres Vertrauens nicht wert wären. Er ist, wie ich weiß, ein guter Menschenkenner."

„Sie tun recht, Komtesse, auf Herrn Jansen können Sie sich verlassen. Ich lege meine Hand für ihn ins Feuer. Und nun bin ich hier überflüssig und kann mich entfernen, damit meine Patienten nicht allzu lange auf mich warten müssen. Ich kann mit der Zuversicht gehen, daß Ihre Sache in den besten Händen ist. Ihre Frau Mutter lassen Sie ruhig schlafen. Wenn sie aufgewacht, wird sie vernünftig sein, und dann können Sie ihr von Herrn Jansen erzählen. Ich komme morgen früh noch einmal heraus. Auf Wiedersehen, Komtesse! Auf Wiedersehen, Herr Jansen!"

Damit verabschiedete sich der Arzt. An der Tür wandte er sich noch einmal um.

„Haben Sie schon Nachricht erhalten, wann Fräulein Lotte eintrifft?"

„Ja, Herr Doktor, sie kommt heute abend um elf Uhr an."

„Na, dann werden Sie wenigstens noch einen Menschen haben, der tapfer zu Ihnen steht. Dafür kenne ich Fräulein Lotte. Also auf Wiedersehen."

„Auf Wiedersehn, Herr Doktor."

Die Tür schloß sich hinter dem Arzt, und nun war die Komtesse mit Ralf Jansen allein. Ein leises Zagen wollte sie überkommen. Aber Ralf machte ihr die peinliche Lage so leicht als möglich und sprach in einem ganz geschäftlichen Ton mit ihr.

„Darf ich Sie nun bitten, mich hinaus zu begleiten?"

Sie neigte das Haupt.

„Meine Mutter ist leider augenblicklich nicht imstande, Ihnen zu danken, Herr Jansen. Sie hatte sich aufgerafft und war den Gläubigern entgegengetreten, um zu erfahren, ob für sie noch ein Notpfennig zu retten sei. Aber die Herren waren so aufgebracht und schrien meine Mutter an: die Hauptsache sei ihnen, daß sie selbst zu ihrem Gelde kämen, was aus ihr werde, kümmere sie nicht im mindesten. — Da war es mit ihrer Fassung vorbei! Sie ist ja nicht gewöhnt, daß das Leben sie hart und rauh anfaßt."

Warmer Glanz lag in seinen Augen.

„Und Sie, Komteß? Sind Sie nicht auch ungewöhnt, solchen Widrigkeiten zu begegnen?"

Ein leiser Seufzer entfloh ihren Lippen.

„Nein, das bin ich auch nicht gewöhnt, aber ich werde es lernen müssen. Und da ich eine leidlich energische Natur bin, werde ich mich schon mit den veränderten Verhältnissen abfinden. Die größte Sorge macht nur das Schicksal meiner Mutter und Schwester."

Dagmar wunderte sich selbst, daß sie so vertrauensvoll zu Jansen sprechen konnte, gerade jetzt, nachdem Korff ihr Vertrauen so schändlich mißbraucht hatte. Sie ahnte nicht, wie sehr sie Ralf Jansen damit beglückte.

„Darf ich fragen, Komteß, ob Ihr Schicksal in irgend einer Weise für die Zukunft sicher gestellt ist? Ich habe gehört, daß Sie eigenes Vermögen besitzen."

Sie errötete leicht; ihren Stiefvater wollte sie nicht anklagen!

„Ich besitze nichts — gar nichts mehr — mein Vermögen habe ich vor einiger Zeit meinem Stiefvater — überlassen — er hat damals dringende Verpflichtungen damit eingelöst."

Ralf wußte, daß dies eine fromme Lüge war, um den Toten zu entlasten, denn am Festabend hatte er ja selbst draußen auf der Terrasse von ihr gehört, daß sie sich noch im Besitz ihres väterlichen Vermögens glaubte. Er sagte aber nichts darüber.

„So müßte Ihnen Ihr eignes Schicksal doch mindestens ebensoviel Sorge machen, als das Ihrer Frau Mutter und Fräulein Schwester."

Sie schüttelte den Kopf.

„Für mich wird sich schon eine Lebensmöglichkeit finden. Gottlob habe ich aus angeborenem Wissensdurst mehr gelernt, als von mir verlangt worden ist. Ich werde mir auf irgend eine Weise mein Brot verdienen können. Aber meine Mutter ist ganz unbrauchbar im Lebenskampf, und meine Schwester ist noch so jung, sie steht erst im siebzehnten Jahre."

Ralf Jansen hatte alle Selbstbeherrschung nötig, um ihrer tapferen, holdseligen Lieblichkeit gegenüber nicht schwach zu werden.

„Es ist bewundernswert, Komtesse, wie tapfer Sie sind! Nur um der Mutter und Schwester Los ist Ihnen bange."

Ein schattenhaftes Lächeln huschte über ihr trauriges Gesicht, und ihre Augen bekamen einen feuchten Glanz.

„So groß ist meine Tapferkeit nicht, Herr Jansen, ich mache nur aus der Not eine Tugend. Doch nun kommen Sie, bitte, hinaus. Ich will Ihre sicher sehr kostbare Zeit nicht länger, als unbedingt nötig, in Anspruch nehmen."

Er verneigte sich, und sie traten hinaus in die Halle. Da standen die Gläubiger in aufgeregter Unterhaltung zusammen. Sie tauschten ihre Vermutung darüber aus, was der Australier in Schönau wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Parolen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften zu achten.

*

** **Dortmund**, 10. Jan. (**Lebensmüde.**) Im Grävingholz wurde von Waldarbeitern am Donnerstag die Leiche eines Mannes, der selbst in den Tod gegangen war, gefunden. Es handelt sich um einen 48 Jahre alten Mann aus guter Familie, der zuletzt als Landwirt, Kaufmann und Sekretär seinen Lebensunterhalt zu erwerben versucht hatte. Er hat dem Heere als Offizier angehört.

! **Westhofen**, 10. Jan. **Wegen eines Lebensmittels- und Einbruchsdiebstahls** in der Apotheke des Apothekers Jehn und in das Kleidergeschäft des Kaufmanns Gustav Schneider, in der Nacht vom 14. zum 15. Oktober 1920, wobei den Dieben Lebensmittel und Kleidungsstücke im Werte von etwa 21 000 Mark in die Hände fielen, mußten sich der schon oft vorbestrafte Schlosser Karl Büchner aus Iserlohn, die Arbeiter Christian Verschütz, Paul Betze und der Anstreicher Walter Sattler, alle drei aus Dortmund, vor der Hagener Strafkammer verantworten. Auf der Suche nach Arbeit waren die Angeklagten von Hagen zu Fuß nach Westhofen gekommen und wollten die Lebensmittel und den Wein mitten auf der Straße gefunden und außerdem das zerbrochene Schaufenster und die offenstehende Ladentür vorgefunden haben. Das Gericht glaubte den Angeklagten nicht und verurteilte Büchner mit Rücksicht auf seine Vorstrafen zu 1½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Verschütz zu 8 Monaten, Betze und Sattler zu je 1 Jahr Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet.

** **Bochum**, 10. Jan. (**Die Raubmörder nach Bochum übergeführt.**) Die beiden in Berlin in der Erkenschwiecker Raubmordaffäre festgenommenen Raubmörder Kley und Heising sind von Berlin nach hier übergeführt und in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Bottrop, 10. Januar. (**Hohe Pferdepreise, die Schweinepreise sinken.**) Auf dem Viehmarkt, der sehr reichlich beschickt war, wurden für Pferde folgende hohe Preise erzielt: 1. Sorte 16 000 bis 20 000 Mark, 2. Sorte 12 000 bis 15 000 Mk., 3. Sorte 9000 bis 11 500 Mk., 4. Sorte 5000 bis 6000 Mark. Auf dem Schweinemarkt war ein starker Preissturz zu beobachten. Auf beiden Märkten war der Handel schleppend, der Absatz flau.

*

Der Streik bei Thyssen.

Essen, 10. Jan. Die unterzeichneten Verbände erlassen folgenden Aufruf zur Aufklärung über den Streik der Arbeiterschaft der August Thyssen-Hütte, Hamborn: „Am 30. Dezember traten die Arbeiter des obigen Werkes ohne Zustimmung und Verständigung der Zentralgewerkschaften in den Streik. Diese Handlung wurde von den Zentralgewerkschaften als ungesetzlich bezeichnet und infolgedessen als ein wilder Streik betrachtet. Darüber wurde allen Beteiligten kein Zweifel gelassen. Den übrigen Arbeitern des Industriegebiets zur Kenntnis, daß durch den Schiedsspruch des Hamborner Schlichtungsausschusses der Achtstundentag in keiner Weise gefährdet ist, daß über die noch nicht geklärten Punkte des Schiedsspruches bezüglich der Einlegung der Pausen die Verhandlungsmöglichkeiten nicht erschöpft waren, weil durch den Schiedsspruch lediglich der Arbeitsbeginn festgelegt wurde. Wir erklären, daß wir den Achtstundentag unter keinen Umständen preisgeben und die bisherigen Vergünstigungen laut Tarifvertrag nicht beschnitten werden können. Das Objekt des Kampfes ist damit hinfällig, wir betrachten die ganze Arbeitsniederlegung als eine unionistisch-syndikalistische Mache. Wir erwarten von allen Zentralgewerkschaftlern, daß sie diesen Standpunkt teilen und sich nicht zu weiteren unüberlegten Handlungen verleiten lassen. Wir lehnen nach wie vor für alle Folgen jede Verantwortung ab. Da den Vertretern der Gewerkschaften in den Versammlungen jede Möglichkeit der Meinungsäußerung genommen wird, müssen wir diesen Weg beschreiten. Kollegen, ihr seid hiermit nochmals gewarnt, zieht die notwendigen Schlußfolgerungen.

Deutscher Metallarbeiterverband gez. Wolf, Christlicher Metallarbeiterverband gez. Burgartz, Gewerkverein Dt. Metallarbeiter H. D. gez. Hartmann, Polnische Berufsvereinigung gez. Dahkiewiez, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände gez. Pohlmann, Gesamtverband Dt. Angestelltengewerkschaften gez. [illegible]schmann, Gewerkschaftsbund der Angestellten gez. Hinninghofen."

Als Protest gegen die Schließung der Thyssen-Hütte in Hamborn beschlossen in einer Belegschaftsversammlung der Zeche Westende die Syndikalisten in einen Sympathiestreik zu treten und die Arbeitswilligen am Einfahren zu hindern. Auf dem Kampfschacht fuhr heute mittag die Hälfte der Belegschaft ein. Es ist beabsichtigt, den Streik auch in das angrenzende Industriegebiet zu tragen. Am Montag findet eine Vertrauensmännerversammlung aller Duisburger Werke statt, die über einen Sympathiestreik beschließen wird.

*

Aufruf der Bergarbeiterverbände zur Ruhe und Besonnenheit.

Essen, 10. Jan. Die Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung Essen, meldet zum Streik im Hamborner Revier: Die Streiklage ist sehr ernst und vorläufig noch nicht beendet. Aus diesem Anlaß haben die vier Bergarbeiterverbände folgenden Aufruf erlassen:

An die Bergarbeiter des Ruhrreviers! Kameraden! Unverantwortliche und gewissenlose Elemente versuchen augenblicklich, die Bergarbeiter in einen angeblichen Sympathiestreik zu hetzen. Die Arbeiter der Thyssenhütte in Hamborn sind zunächst durch unverantwortliche Personen in den Streik getrieben worden, der von den maßgebenden Gewerkschaften nicht anerkannt ist. Jetzt sollen die Bergarbeiter folgen. Not und Elend sollen in noch größerem Maße in den Arbeiterfamilien einziehen, nur um die politischen Absichten jener Leute zu erfüllen. Die unglaublichsten Gerüchte werden von jener Seite verbreitet, um mit aller Gewalt die Bergarbeiter in den Ausstand zu treiben. Bald sollen die gesamten Eisenbahnen stilliegen. Bald soll die Einführung einer verlängerten Schichtzeit beabsichtigt sein. Ja, es wird sogar behauptet, daß die unterzeichneten Bergarbeiterverbände einer Verlängerung der Schichtzeit zugestimmt hätten. Das ist nicht wahr, Kameraden! Laßt Euch nicht täuschen. Die Absichten jener dunklen Ehrenmänner sind zu durchsichtig. Nicht auf eine wirtschaftliche Besserstellung der Bergarbeiter kommt es jenen an. Jede praktische Arbeit überläßt man gern andern Kameraden! Hört auf Eure gewerkschaftlichen Organisationen. Lehnt es grundsätzlich ab, in einen Streik einzutreten, der nicht von den gewerkschaftlichen Verbänden geführt wird. Wie die Unterzeichneten in allen Wirtschaftsfragen die Interessen der Kameraden bisher vertreten, so wird dies auch in Zukunft geschehen. Keine Arbeitsverlängerung wird eingeführt werden können, solange die Kameraden hinter ihren Organisationen stehen. Kameraden! Behaltet Ruhe und Würde. Beteiligt Euch nicht an Putschen, an denen nur jene Personen Interesse haben, welche eine Niederlage der Arbeiterschaft wünschen. Ruhe und Besonnenheit sind in dieser Zeit notwendiger denn je. Lehnt jede wilde Streikbeteiligung ab. Folgt nur den gewerkschaftlichen Organisationen.

*

„=" **Essen**, 10. Jan. **Wegen der Verhaftung** eines Mitgliedes des Kruppschen Betriebsrats, Schlüter, die erfolgt war, weil Schlüter in dem Verdacht steht, bei der zur Zeit der Märzunruhen erfolgten Metzelei am Wasserturm in Essen anfeuernd mitgewirkt zu haben, machten Freitag die radikalen Elemente der Kruppschen Arbeiter, etwa 6500 — die Wolff-Meldung in unserer Zeitung hatte von 27 000 gesprochen —, also ungefähr ein Siebtel der Gesamtbelegschaft, einen Kundgeberzug durch die innere Stadt zum Burgplatz, wo eine Rede gegen sie sogenannte Klassenjustiz gehalten und eine entsprechende Entschließung angenommen wurde. Zu weiteren Zwischenfällen ist es nicht gekommen, und die linksradikalen Elemente, welche derartige Dinge für ihre politischen Ziele brauchen, werden wohl damit allein bleiben.

„=" **Velbert**, 10. Jan. **Der Wahl** des Kaufmanns Ellenbeck zum besoldeten Beigeordneten der Stadt Velbert ist von der preußischen Staatsregierung die Bestätigung versagt worden. Ellenbeck ist im Juni v. Js. von der sozialistischen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung gegen den einmütigen Widerspruch der Bürgerlichen zum Beigeordneten gewählt worden, obschon eine stark besuchte Versammlung der bürgerlichen Parteien aufs schärfste gegen die Wahl eines Nichtfachmanns protestiert hatte.

** **Duisburg**, 10. Jan. **Zu dem Grubenunglück** auf Zeche Westende erfahren wir noch folgendes: Das Unglück, das mehrere Opfer forderte, ist auf einen Gebirgsschlag zurückzuführen, der sich zur Zeit in der ganzen Gegend bemerkbar machte. Infolge dieses Gebirgsschlages ist in einem Kohlenpfeiler mit Rutschenbetrieb die Kohlenwand auf eine Strecke von 100 Metern zusammengebrochen. Dabei sind 3 Mann, die mit Bergeversatzarbeiten beschäftigt waren, verschüttet worden, ferner zwei Zimmerhauer, die am Fuße der Strecke arbeiteten. Einer der Verschütteten gibt zurzeit noch schwache Lebenszeichen von sich. Man hofft ihn in Kürze noch lebend bergen zu können.

(W) **Köln**, 10. Jan. (**60 000 Mark für Oberschlesien.**) Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte für die Grenzspende in Oberschlesien 60 000 Mark.

** **Köln**, 8. Jan. (**Wegen Bestechung verhaftet.**) Aus Ludwigshafen wird gemeldet: Gestern nachmittag wurde auf Grund eines Verhaftungsbefehls der Staatsanwaltschaft in Frankenthal der hier wohnende Eisenhändler H. Lieser wegen Bestechung einer Anzahl Beamter der Badischen Anilin- und Sodafabrik verhaftet. Durch Bestechung war es ihm möglich geworden, sich innerhalb eines Jahres ein nach Millionen zählendes Vermögen zu erwerben. Er erbaute sich u. a. in seiner Heimatgemeinde in der Westpfalz eine schloßartige Villa. Die acht Beamten der Fabrik, darunter ein Oberingenieur mit Prokura, sind von der Fabrikleitung vom Dienst suspendiert worden. Dem Verein gegen das Bestechungsunwesen ist die weitere Untersuchung zur Herbeiführung der Strafverfolgung der Beamten übertragen worden.

** **Mainz**, 10. Jan. **Die Arbeiter der Automobilfabrik von Opel** in Rüsselsheim nahmen die Arbeit wieder auf. Die Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe wurde von der Firma abgelehnt.

(bu) **Saarbrücken**, 10. Jan. (**Eine Schafherde erstickt.**) In dem elsässischen Dorfe Weißkirchen ließ ein Hirte nachts seine Schafe mit dem Hund zusammen im Stall. Der Hund riß sich los und drängte die ganze Herde in eine Ecke, wobei 62 Schafe erstickten.

„=" **Landau**, 10. Jan. **Das französische Kriegsgericht** der Pfalz verurteilte den Jagdhüter Förster aus Germersheim, der als leidenschaftlicher Sammler Waffen und Munition bei sich aufgestapelt hatte, zu zwei Jahren Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe. Der Verurteilte war von einem Deutschen bei den französischen Behörden angezeigt worden. — Eine Kellnerin aus Neustadt, die aus Eifersucht auf einen französischen Unteroffizier einen Revolverschuß abgegeben hatte, erhielt von demselben Gericht drei Monate Gefängnis.

Die Mietsteuer im Reichswirtschaftsrat.

Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrats für Siedlungs- und Wohnungswesen beschäftigte sich mit dem von der Regierung neuerdings vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues, in den teilweise frühere Vorschläge des Sozialpolitischen Ausschusses aufgenommen worden sind. Wesentlich abweichend davon ist dagegen die Festsetzung der Steuerhöhe, worauf Oberbürgermeister Dr. Luther als Berichterstatter hinwies. Früher waren 15 v. H. des Mietwertes bei einer Erhebungsdauer von zehn Jahren vorgesehen; der Regierungsentwurf setzt nun 5 v. H. auf die Dauer von 20 Jahren fest. Dr. Luther machte geltend, daß der soziale Sinn dieses Gesetzes, ursprünglich der sei, den durch die Zeitumstände, vor allem den durch die stark erhöhte Nachfrage bei geringem Angebot entstandenen Wertzuwachs für die Allgemeinheit zu erfassen und zur Linderung der Wohnungsnot nutzbar zu machen. Das geschehe durch eine Steuer von 5 v. H. (mit Gemeindezuschlag: 10 v. H.) keineswegs. So sei zu fürchten, daß infolge des Mißverhältnisses zwischen den durch die Höchstmietenverordnung künstlich niedrig gehaltenen Mieten in alten Häusern und den hohen Mieten in Neubauten die ganze Wohnungszwangswirtschaft zusammenbrechen werde. Auch sei eine so niedrig bemessene Steuer unwirtschaftlich, da ein Viertel ihres Ergebnisses von den Unkosten für Erhebung und Veranlagung verschlungen werde. Ihr Ergebnis sei im ganzen unbefriedigend niedrig, da die bestenfalls einkommenden 3,5 Milliarden Mark für höchstens ein- bis zweijährige Bautätigkeit reichten, und zur Tilgung und Verzinsung dieses Betrags, der auf dem Wege einer Anleihe aufgebracht werden soll, 20 Jahre gebraucht werden würden. Die Vertreter der Arbeitgeber und -nehmer konnten sich diesen Gründen nicht anschließen. Weder die Bevölkerung noch die Betriebe könnten eine höhere Belastung ertragen. Dieser Ansicht schloß sich die große Mehrheit des Ausschusses an und billigte es also bei den 5 bezw. 10. v. H. der Regierungsvorlage. Wesentliche Veränderungen wurden in den Punkten angenommen, die über die Verwendung der Gelder und über die Höhe des Gemeindezuschlags bestimmen. Während der Regierungsentwurf die Verzinsung und Tilgung der 650 Millionen vorsieht, die das Reich im Mai und Juli 1920 zur Verfügung gestellt hat, wurde im Ausschuß dahin entschieden, daß aus den Mitteln dieser Steuer nur seit dem 1. Oktober 1920 zur Förderung der Wohnungsbeschaffung aufgewandte Beträge verzinst und getilgt werden dürfen. Die Höhe des Gemeindezuschlags wurde auf höchstens das Doppelte der Reichssteuer beschränkt und es wurde festgesetzt, daß Steuerordnungen für besondern Wohnungsluxus, zu denen die Gemeinde nach diesem Gesetz berechtigt wird, von den obersten Landesbehörden oder deren Beauftragten zu genehmigen sind. Zu dieser Regelung hat besonders auch die neue Berliner Wohnungssteuer Anlaß gegeben. Das Gesetz mit den Abänderungen wurde mit allen Stimmen gegen die Dr. Luthers als brauchbar erachtet. Dr. Luther behielt sich vor, im Plenum des Reichswirtschaftsrats einen Antrag auf Erhöhung des Steuersatzes einzubringen.

Escherich gegen Entwaffnung und Putsche.

(TU) **Würzburg**, 10. Jan. Vor Vertretern der unterfränkischen Einwohnerwehr hielt der Gründer und Führer der Orgesch, Forstrat Escherich, eine bemerkenswerte Rede. Er sagte: Solange die legalen Machtmittel nicht ausreichen, die Polizei nicht Ruhe und Ordnung gewährleisten kann, solange dürfen wir unsere Waffen nicht abgeben. (Stürmischer Beifall.) Es werden noch schwere Tage kommen. Gerade wir Bayern haben die Pflicht, allen aufrührerischen Bestrebungen entgegenzutreten. Es gibt für uns keine Donauföderation, keinen Rheinbund. Es gibt für uns nur ein Deutsches Reich. Jeder Putsch, komme er von rechts oder links, ist ein Verbrechen.

Zwei Berliner Kriegsmillionäre verhaftet.

Mit einer aufsehenerregenden Wucheraffäre, in die zwei Berliner Kriegsmillionäre verwickelt sind, beschäftigt sich jetzt das Landespolizeiamt beim Ministerium des Innern. Von polizeioffiziöser Seite wird dem „Berliner Tagbl." hierzu berichtet: Hamburger Spritinteressenten lenkten die Aufmerksamkeit des Hamburger Finanzamtes und der Wucherabteilung der dortigen Polizeibehörde auf die unwirtschaftliche und wucherische Tätigkeit zweier Berliner, des Agenten Martin Cohen, Hohenzollerndamm 27, und seines Kompagnons Avellis, Sybelstraße 55. Beide nutzten ihre im „Heimatkriegsdienst" gewonnenen Beziehungen zu Behörden für persönliche und geschäftliche Zwecke dadurch aus, daß sie sich besonders bei der Verwaltung des Reichsbranntweinmonopols als Handelsanmälte einschlichen. Sie lauerten dem dort erscheinenden Publikum auf und wußten unter Hinweis auf ihre weitreichenden Beziehungen in den Leuten den Irrtum zu erregen, daß man besser fahre, wenn man sich ihrer Hilfe bediene. Diese Stellung wuchs noch durch die Gründung einer Fachzeitung mit dem Titel „Das Branntweinmonopol", die nach ihrer Aufmachung den Eindruck erwecken konnte, daß es das amtliche Publikationsorgan der Reichsbranntweinmonopolverwaltung sei. Außerdem betätigte sich Cohen aber noch dadurch, daß er Spritagentengeschäfte auf eigene Rechnung durchführte, ohne im Besitz der erforderlichen Großhandelserlaubnis zu sein, die ihm aus bestimmten in seiner Vergangenheit liegenden Gründen zweifellos niemals erteilt worden wäre. So erhielt er z. B. von den Regierungsvertretern der Tschechoslowakei für die Vermittlung eines Spritverkaufs von 12 Mill. Litern an das Monopolamt, das von seiner Vermittlertätigkeit nichts wußte, eine Provision von vielen hunderttausend Mark. Ueber die ihm für seine Agententätigkeit zugeflossene Provision sind übersichtliche Buchungen nicht vorhanden. Da er pro Liter der von ihm „bearbeiteten" Spriteinfuhrenregaben und Ankäufe 1 bis 5 Mark erhielt, so beläuft sich der von ihm erzielte Gewinn auf viele Millionen. Er selbst gibt sein augenblickliches Vermögen auf acht Mill. an. Seine fürstlich eingerichtete Wohnung in dem von ihm angekauften Hause am Hohenzollerndamm 27 weist u. a. eine Gemäldegalerie auf, deren Wert Cohen auf 650 000 Mark angibt. In Homburg v. d. Höhe hat er das Dr. Parrsersche Sanatorium, in Wannsee eine wertvolle Villa erworben. Er kaufte kostbare Schmuckgegenstände für seine Frau, ein Reitpferd für sie, das sogar während seines letzten Aufenthalts in Kissingen dorthin transportiert werden mußte, hielt sich zwei Luxusautomobile und hatte ein Guthaben von zwei Millionen Mark in Holland. Sein Lebensaufwand war sehr verschwenderisch.

Die von ihm erzielten Gewinne stellen sich im Sinne der Wuchergesetzgebung als übermäßig dar und unterliegen der Einziehung. Aus dem Grunde haben Vertreter der Wucherabteilung der Hamburger Polizei- und, zur Wahrung steuerlicher Interessen, auch der Finanzbehörden, unter Mitwirkung von Beamten des Berliner Landespolizeiamtes in den letzten Tagen die nach Millionen zählenden Wertgegenstände und Bankguthaben nicht nur Cohens, sondern auch seines Sozius' Avellis, der im letzten Jahre einen anteilmäßigen Gewinn von „nur" 1½ Millionen Mark erzielt hat, beschlagnahmt. Beide waren bis vor einigen Jahren völlig mittellos. Sie wurden wegen Wuchers dem Gerichte zugeführt und in Untersuchungshaft genommen.

Kleine Nachrichten.

Sonntag vormittag wurde auf dem Schlosse Aglie (Piemont) im engsten Familienkreise die Vermählung der Prinzessin Bona von Savoyen mit dem Prinzen Konrad von Bayern vollzogen. Der König, die Königinmutter und Angehörige des Prinzen Konrad wohnten der Feierlichkeit bei.

Bei dem gestern stattgefundenen Volksentscheid in Bremen in der Frage „Soll der Senat zurücktreten?" wurden insgesamt in 131 Bezirken 73 778 Stimmen mit Ja, und 99 569 Stimmen mit „Nein" abgegeben. Ein Bezirk steht noch aus.

Der Hauptausschuß der preußischen Landesversammlung bewilligte die Kosten von 15 Millionen Mark für die Umorganisation der Berliner Polizei.

Die Bamberger Finanzministerkonferenz hat sich u. a. mit den neuen Beamtenforderungen und den durch die Erhöhung entstandenen Ausgaben, ferner mit den neuen Steuergesetzen, mit den Landessteuergesetzen und mit der Novelle zum neuen Reichssteuergesetz befaßt. Endgültige Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Der 76. Geburtstag des frühern Königs Ludwig von Bayern wurde durch eine Messe in der Theatinerkirche gefeiert, der außer sämtlichen in München anwesenden Prinzen und Prinzessinnen die ganze frühere Hofgesellschaft beiwohnte.

In einem Aufruf an die Landwirtschaft droht der bayrische Brauerbund die Herstellung des bessern achtprozentigen Bieres einzustellen, wenn die Gerstenablieferung so schlecht wie bisher bleibe.

Nach einer Meldung des Londoner Daily Herald hat Krassin seine Abreise nach Moskau, die Sonntag stattfinden sollte, verschoben. Er wird Montag noch einmal eine Unterredung mit dem Handelsminister Horne haben und erst dann nach Rußland reisen.

Die Hamburg-Amerikalinie und die Royal Mail Steam Packet Company in London haben einen gemeinsamen Schiffahrtsdienst von Hamburg durch den Panamakanal nach der Westküste Nordamerikas gegründet. Der erste Dampfer ist von Hamburg abgegangen.

Vereinsnachrichten.

Kamen 11. Jan. **Der hiesige evangelische Arbeiterverein** hatte am Sonntag nachmittag im Gemeindehaus seine Mitglieder und Freunde seiner Bestrebungen zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen. Leider war dem Rufe nicht in der Weise Folge geleistet worden, wie es wohl wünschenswert gewesen wäre. Nach kurzer Begrüßung durch den Vereinsvorsitzenden hielt der Generalsekretär und Mitglied der Nationalversammlung Herr Marti aus Witten einen höchst interessanten Vortrag über das Thema: „Was wir wollen!" In etwa einstündiger Redeentwurf der Redner zunächst ein Bild unserer durch den Zusammenbruch entstandenen traurigen gegenwärtigen Lage unseres Vaterlandes und zeigte dann, wie wir uns bestreben müßten, aus diesem Elend herauszukommen. Am Schluß seiner beherzigenswerten Ausführungen wurde folgende Entschließung angenommen: „Durch den Friedensvertrag von Versailles und das Kohlenabkommen von Spaa ist das deutsche Volk in Ketten gelegt worden. Jedwede freie Betätigung auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens ist uns genommen, dieweil wir wir nicht einmal mehr das Verfügungsrecht über unsere eigenen Bodenschätze besitzen. Die zwingend notwendige Zufuhr von Rohstoffen muß ungenügend bleiben, weil wir in unserer Armut keinen hinreichenden Kredit bieten können, zum andern verteuert der Transport auf Schiffen anderer Nationen in außerordentlicher Weise. Die Fortnahme unserer Handelsflotte und die Enteignung unserer Kolonien wirken vernichtend auf unsere Wirtschaft. In ganz besonderer Weise schnürt uns die Abgabe von 24 Millionen Tonnen Kohlen die Kehle zu. Im Frieden hatten wir 160 Millionen Tonnen für unsere eigene Wirtschaft zur Verfügung, heute bleiben uns nur noch 55 Millionen Tonnen Kohlen; auf die Industrie entfallen davon nur 36 Millionen Tonnen. Die Folge dieser Zwangsmaßnahme ist die Stillegung zahlreicher Betriebe. Die hierdurch eingetretene Arbeitslosigkeit vergrößert unser Elend. Die in Deutschland erzeugten Lebensmittel genügen längst nicht zur Ernährung unseres Volkes. Wir müssen daher das Ausland um Ueberlassung von Nahrungsmitteln angehen, obwohl wir nicht wissen, woher die Summen zur Bezahlung genommen werden sollen. In dieser Not wirkt die Forderung der Entente nach weiterer Lieferung von 800 000 Milchkühen wie ein Todesurteil. Was soll bei Erfüllung dieser Forderung aus unserer Jugend werden? Und nun will man unserm bettelarmen Land noch ungeheure Summen für die Wiedergutmachung aufbürden. Verzweiflung erfaßt unser Volk. Und darum protestiert die heute im evang. Gemeindehaus tagende Mitgliederversammlung des evang. Arbeitervereins Kamen gegen den Gewaltfrieden von Versailles und das Kohlenabkommen von Spaa. Wir wenden uns an alle menschlich fühlenden Männer und Frauen des Auslandes, insonderheit an die Christenleute der ganzen Welt mit der Bitte: Helft uns, ehe wir restlos in diesem unbeschreiblichen Elend untergehen. Der Untergang unseres Volkes bedeutet einen Verlust für die gesamte Kultur. Darum steht uns bei und laßt unsere Hoffnung nicht zu schanden werden!" Der evangelische Kirchenchor trug zur Erbauung der Versammelten die beiden Lieder vor: „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen, von welchen mir Hülfe kommt" und „Wer unter dem Schirm des Höchsten sitzet", die reichen Beifall ernteten. In einem kurzen Schlußwort dankte der Vorsitzende dem Redner und den Sängern und ermahnte zu treuer Vereinsarbeit.

Kamen 11. Jan. (**Sportverein Kamen von 1913, e. V.**) Wir weisen an dieser Stelle nochmals auf die am Mittwoch abend stattfindende Hauptversammlung hin. Die Versammlung findet nicht, wie in der gestrigen Anzeige bekanntgegeben, im Schützenhof statt, sondern im Hotel Biermann, Markt. Die Mitglieder wollen hiervon Kenntnis nehmen. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen (Neuwahl des Vorstandes usw.) ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. Beginn der Versammlung 8 Uhr.

Weitere Nachrichten.

— **Eine schwere Pulverexplosion** ereignete sich auf dem Gelände der ehemaligen Pulverfabrik in der Jungfernheide, in unmittelbarer Nähe der Luftschifferkaserne am Tegeler Schießplatz. Dort werden zurzeit von der Reichstreuhandgesellschaft auf Grund des Friedensvertrages Artilleriegeschosse zur Entladung gebracht. Diese werden von den einzelnen Truppenübungsplätzen nach dem Moabiter Güterbahnhof geschafft und dann auf Rollwagen zur Jungfernheide befördert. Als nun der Kutscher Lenz aus Reinickendorf eine Tonne Pulver von seinem Wagen abladen wollte, geriet diese auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise zur Explosion, durch die eine große Stichflamme entstand. Dadurch wurden 6 Arbeiter durch Brandwunden schwer verletzt.

— **40 000 Mark geraubt.** In der Ortschaft Schladen drangen Sonnabend abend drei Bewaffnete in das Haus des Zimmermeisters Pfannschmidt und zwangen mit vorgehaltenem Revolver die im Erdgeschoß anwesende Frau des Pfannschmidt, den Geldschrank zu öffnen und raubten für 40 000 Mark Geld und Schmuckstücke. Die übrigen Bewohner des Erdgeschosses wurden unter Drohungen veranlaßt, sich in den Keller zu begeben. Die ganze Sache spielte sich mit solcher Geräuschlosigkeit ab, daß der im ersten Stock beschäftigte Zimmermeister erst durch die anderen Mitteilung davon erhielt. Die Räuber sind unerkannt entkommen.

— **Ein Berliner Kriminalwachtmeister erschossen.** Ein schweres Verbrechen ist in der Sonnabend Nacht im Osten Berlins verübt worden. Auf offener Straße wurde der Kriminalwachtmeister und Diensthundführer Albert Benke erschossen. Die Leiche wurde heute früh um 3½ Uhr vor dem Hause Weidenweg 41 auf dem Bürgersteige liegend aufgefunden. Die unbekannten Täter, die den Beamten durch einen Brustschuß getötet haben, sind vorläufig entkommen. Auf ihre Ergreifung ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

— **Betriebsschluß bei Löwe in Berlin.** Wie die Blätter berichten, hat die Direktion der Firma Ludwig Löwe in Berlin wegen Arbeiterobstruktion die Fabrik geschlossen. Sie hat sämtliche Arbeiter entlassen. Die Arbeiter hatten gefordert, daß das Einkommen der Kurzarbeiter den der Vollarbeiter gleichgestellt werde. Als die Firma dies ablehnte, erschienen die Arbeiter stets vollzählig zur Arbeit und setzten stillstehende Maschinen eigenmächtig in Gang, sodaß der Firma kein anderer Weg mehr übrig blieb, als das Werk zu schließen.

— **Schweres Bergwerksunglück in Oberbayern.** In der oberbayrischen Kohlengrube „Hausham" bei Schliersee brach in der Nacht zum Sonntag gegen 2 Uhr, vermutlich durch Kurzschluß, ein Brand aus, der in kurzer Zeit eine große Ausdehnung annahm. Die unmittelbar vorher eingefahrene Nachtschicht konnte sich in Sicherheit bringen. Dagegen kamen bei den Rettungs- und Löscharbeiten durch Ersticken 7 Männer zu Tode, während eine noch größere Anzahl mit schweren und leichten Rauchvergiftungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

— **Ein Primaner als Kindesmörder.** Eine ungewöhnliche Liebestragödie hat sich in Hannover abgespielt. Dort hat der 18 Jahre alte Primaner Noelke, der ein Liebesverhältnis mit einer Brasilianerin unterhielt, die mit 2 Kindern als Zwangsmieterin bei seinen Eltern wohnte, die beiden sechs und sieben Jahre alten Kinder seiner Geliebten und dann sich selbst erschossen. Die Brasilianerin machte darauf einen Selbstmordversuch und wurde noch lebend dem Krankenhause zugeführt.

— **Mordgeständnis.** Der Kohlenarbeiter Wilhelm Kersten, der, wie das „B. T." meldet, bei Butstädt in Thüringen am Weihnachtsheiligabend den Arbeiter Lomatzsch ermordete und beraubte, gestand ein, daß er vor drei Jahren in Berlin eine Dame gleichfalls ermordet und um 45 000 Mark beraubt habe. Die Leiche will er ins Wasser geworfen haben. Die Kriminalpolizei ist mit der Aufklärung der Angelegenheit beauftragt.

Bekanntmachung.

Betrifft Mahllöhne für die Verarbeitung von Gerste und Hafer für Selbstversorger.

Die Reichsgetreidestelle hat infolge der gestiegenen Unkosten der Mühlen für die Verarbeitung von Gerste und Hafer für die Selbstversorger folgende Mahllohnsätze festgesetzt:

1. bei Gerste:
   für die Verarbeitung von 100 Kg. und mehr 26 Mk. für den Doppelzentner,
   für die Verarbeitung von 50 Kg. bis 99 Kg. 28 Mk. für den Doppelzentner,
   für die Verarbeitung von 1 Kg. bis 49 Kg. 30 Mk. für den Doppelzentner,
2. bei Hafer:
   für die Verarbeitung von 100 Kg. und mehr 26 Mk. für den Doppelzentner,
   für die Verarbeitung von 50 Kg. bis 99 Kg. 28 Mk. für den Doppelzentner,
   für die Verarbeitung von 1 Kg. bis 49 Kg. 30 Mk. für den Doppelzentner.

Bei der Herstellung von Graupen, Grütze und Flocken aus Gerste beträgt der Mahlverlust wie im Vorjahre 5 v. H., während (mit Rücksicht auf die inzwischen zugelassene Herabsetzung des Ausmahlungssatzes für Graupen auf 50 v. H.) an Nährmitteln 50 v. H., an Mehl 10 v. H. und an Kleie und Nachmehl 35 v. H. zur Ablieferung kommen müssen.

Die Ausbeute für die Verarbeitung von Hafer beträgt bei durchschnittlicher Güte des Hafers 50 v. H. Flocken, 13 v. H. Kleie und 23 v. H. Spelzen.

Hamm, den 6. Januar 1921.

Der Vorsitzende
des Kreisausschusses des Landkreises Hamm i. W.
Schulze-Pelkum.

Beschluß.

Der auf den 17. Januar 1921 anberaumte Versteigerungstermin hinsichtlich der auf den Namen des Bergmanns Ludwig Klostermeier in Paschheide im Grundbuch von Methler, Band V Bd. 124 eingetragenen Grundstücke ist aufgehoben. 175

Kamen, den 5. Januar 1921.

Das Amtsgericht.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die überaus reichen Kranzspenden beim Hinscheiden meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Beteiligten, insbesondere dem Pfarrer Gerlach für die trostreichen Worte am Grabe und dem Turnverein „Deutsche Treue" Breiten, unsern

herzlichsten Dank.

Frau Ww. Johanna Lehmhaus
nebst Kindern.

Methler, den 10. Januar 1921. 181

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege allen unsern

tiefgefühlten Dank.

Kamen, Januar 1921. 186

Familie Neff.

Für die bewiesene Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner innigstgeliebten, unvergeßlichen **Frau**, sowie für die, während ihrer Krankheit erwiesene Liebe und Aufmerksamkeit sage ich allen Beteiligten, sowie auch Herrn Pfarrer Gieseking für die trostreichen Worte, meinen

herzlichsten Dank.

Kurt Zeuner
nebst Kindern.

Kamen, Januar 1921. 190

Zahnarzt Dr. Drost,
Kamen, Bahnhofstraße 22.
Sprechstunden von 9–12, 2½–5
49

Kranke Frauen Männer

welche bisher keine Hülfe fanden, versuchen Sie mein **komb. Heilverfahren** bei
Beinschäden als Krampfadern, Entzündungen, Geschwüren geschwollenen Beinen, Steifheit, eingewachsenen Nägeln, **Hautleiden**, jeder Art Flechten, Krätze, Hautverdickung, Hautschrunden, Hühneraugen usw.
Frauenkrankheiten, Blutarmut, Bleichsucht, Nerven-, Magen-, Gallen- und Leberleiden, Gicht und Rheumatismus, Wassersucht, Krämpfe (Fallsucht).
Bandwurm, Spul- und Madenwürmer werden in 2 Stunden schmerz- und gefahrlos entfernt.
Bruchleiden werden operationslos nach dem Dr. Reimannschen Heilsystem behandelt.

Niewels Naturheilinstitut Dortmund,
Liebfrauenstraße 20 an der Liebfrauenkirche.
Aeltestes Institut am Platze. Keine Dankschreibenreklame
Sprechstunden täglich (außer Dienstags) von 9 bis 12 Uhr un 2 bis 5 Uhr, Sonntags nur vormittags. 2616

Achtung!

Zur gefl. Kenntnisnahme meiner Patienten, daß ich an jedem Mittwoch in Kaiserau bei Herrn Gastwirt Schnickmann, Kreisstr. 163b. von morgens zehneinhalb bis nachmittags fünf Uhr zu sprechen bin. **Nicht bei Witwe Schmelzer** sondern wie oben genannt. Jeden Montag bei Herrn Gastwirt Struck, Königsborn von zehneinhalb Uhr vormittags bis fünf Uhr nachmittags. Ferner behandle ich alle Arten Krankheiten wie Fallsucht, Nerven-, Nieren-, Magen-, Blasen-, Leber- und Gallenleiden, Hautkrankheiten, offene Beine usw. nachweislich mit den besten Erfolgen. 103

Karl Steinbach,
Prakt. Heilkunde und Homöopathie,
Horford, Ahlmserstr. 118 (früher Bergkamen).

Suche zum 1. Februar ein tüchtiges

Mädchen

mit guten Zeugnissen bei gutem Lohn. 177
Frau Joh. Marcussen, Dortmund,
Münsterstraße 26.

Für sofort ein tüchtiges

Mädchen

gesucht bei gutem Lohn.
181 **Westfstr. 1, 1. Etg.**

Mädchen

für Haus- und Gartenarbeit sofort oder zum 1. Februar gesucht.
192 **Königstr. 3.**

Deutsche Volksversicherung.

Für unsere Gesellschaft mit vorteilhaften Bedingungen suchen wir tüchtige

Vertreter

gegen hohe Provision etc. (Evtl. auch als Nebenbeschäftigung). Off. an **General-Agentur Dortmund,** Weißenburgerstr. 46. 154

Von einer erstklassigen Hamburger Margarinefabrik (allbekannte, eingeführte Marken)

tüchtiger

Platzvertreter

gesucht; evtl. Lager-Uebernahme. — Es kommen nur solche Herren in Frage, die bei der Bäcker- und Händler-Kundschaft bestens eingeführt sind.

Angebote über bisherige Tätigkeit etc. unter **Nr. 15** an die Annoncen-Expedition **Th. Vehreschild, Hamm (West.).** 178

Zur Schlachtzeit:

Ia. Salz, grob und fein	Pfd.	0.35 Mk.
Ia. gem. Pfeffer	Pfd.	22.00 Mk.
Ia. Kranzdärme	Mtr.	1.50 Mk.

Ia. Wurstbindfaden, Pfefferkörner, Nelkenpfeffer, Majoran, Thymian, Lorbeerblätter und Muskatnüsse. 183

Gebr. Sirringhaus.

Kartoffeln

gelbfleischige Industrie hat wieder vorrätig

W. Neff,
187 **Bahnhofstr. 23.** Telephon 122.

Reparaturbedürftige

Flügel, Pianinos und Harmoniums

jeden Alters werden in unseren Werkstätten innerlich und äußerlich wieder so hergestellt, daß sie jahrzentelg. d. höchsten Ansprüchen ihres Besitzers genüg.

Carl Ebel & Sohn,
Unna, Pianofortefabrik mit elektr. Antrieb.
Für unsere Arbeiten leisten wir volle Gewähr.

Bin unter

Nr. 379

an das hiesige Fernsprechamt angeschlossen.
Wilh. Dolle,
Bedachungsgeschäft,
Kamen. 141

Ein Klavier

zu kaufen gesucht.
Näheres in der Geschäftsst. d. Ztg. 191

Ein gebrauchter, gut erhaltener

Küchenschrank

zu verkaufen. 185
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Wachsamer

Schäferhund

(Hündin) zu verkaufen.
Wo, sagt die Geschäftsst. d. Ztg. 179

Schwarzer Hund zugelaufen.

Abzuholen gegen Erstattung der Unkosten
188 **Overberge,**
Landwehrstraße 144.

Wer ein



Haus, Kotten, Grundstück, Bauplatz

und dergl. zu kaufen oder zu verkaufen sucht, wird es durch eine kleine Anzeige in der Kamener Zeitung erreichen. Ausserordentlich zahlreich sind die Angebote, welche auf eine solche Anzeige stets eingehen.

Kamener Lichtspiele

Weststrasse 20.
Vornehmste Lichtbildbühne am Platze.
Zentral-Heizung.

I.
Endlich ist es da, das mit grosser Spannung und langer Sehnsucht erwartete Episoden-Monumental-Werk:

„Nirvana"

Dieses gewaltige Werk zerfällt in 6 Abteilungen und 32 Akten.
Der erste Teil betitelt sich:

Das Haus des Schreckens

6 Akte. 6 Akte.

6 fabelhaft spannende Akte, mit verblüffenden Tricks und überraschendsten Sensationen. Wir erinnern uns noch an diese grossen Werke: Karro Ass, Maskamor und Herrin der Welt, welche „Nirvana" mit der fabelhaften Ausstattung und glänzenden Photographien, in farbenprächtigen, spannenden Bildern weit in den Schatten stellt.

II.

Der Abenteurer von Paris

Ein Erlebnis in 6 Akten.
In der Hauptrolle: Friedrich Zelnik und Marquis Torrey, als Detektiv: Alfred Schmasow. Für ein gutes Werk bürgen schon die oben aufgeführten Namen der Darsteller.

III.

Carlchen, das verliebte Schneiderlein
Ein pikantes Lustspiel in 3 Akten.
Humor! Humor!

Voranzeige ab Freitag:

I.

„Nirvana II. Teil"

II.

Wenn die Liebe nicht wär
Delog-Film-Operette in 6 Akten, nicht zu vergleichen mit dem vorigen Film-Singspiel „Zigeunerblut".

Freitag morgen grosse Sonder-Vorstellung von 10—1 Uhr,
Unsere beliebte Hauskapelle wird sich unter der Leitung des Herrn Kapellmeisters Friedrich Rudzuck dem Pracht-Programm anschliessen.
Aenderungen vorbehalten. **D. D.**
180

Neu eingetroffen:

Billig!			**Billig!**
Ia. süßes Rübenkraut	1 Pfd.	2.90	Mk.
Ia. helles Backöl	1 Ltr.	23.00	Mk.
Ia. neue gr. Vollheringe	Stück	1.00	Mk.
Ia. weichk. Riesenerbsen	1 Pfd.	3.60	Mk.
Ia. braune Bohnen	1 Pfd.	2.20	Mk.
Ia. Rangoon-Vollreis	1 Pfd.	4.75	Mk.
Ia. Pflaumen (bosn.)	1 Pfd.	6.50	Mk.
Ia. Aufnehmer	Stück	3.95	Mk.
Ia. reinschm. Kaffee	1 Pfd.	24.50	Mk.
Ia. Santos-Kaffee	1 Pfd.	28.00	Mk.
Wan-Eta-Schokolade	Tafel	8.00	Mk.

Gebr. Sirringhaus,
Weststraße 4, Hammerstraße 194.

Visitenkarten
in jeder Ausführung
liefert schnell und preiswert
Kamener Zeitung,
Weststrasse 10.

